

Gewächs aus der Corona-Zeit: Die «Giacometti-Initiative» verglimmt

Der Jurist Alexandre Zindel wollte mit einer Volksinitiative das Referendumsrecht stärken. Das schafft er zwar nicht. Doch nun will er mit einer Art Bürger-Genossenschaft die direkte Demokratie beleben.

Katharina Fontana

19.07.2023, 17.09 Uhr · 2 min



In der Corona-Zeit galten andere Regeln, auch für das Sitzen auf Parkbänken.

Anthony Anex / Keystone

Sie trägt einen klingenden Namen, jenen des grossen liberalen Staatsrechtlers Zaccaria Giacometti, dennoch hat es nicht zum Sammelerfolg gereicht. Sofern bis zum Ablauf der Sammelfrist nächste Woche nicht noch eine Wagenladung mit Unterschriftenbögen eintrifft, ist die «Giacometti-Initiative» gescheitert. Laut dem Initiativkomitee, dem auch ein Verwandter von Zaccaria Giacometti angehört – womit die Namensgebung nicht nur inhaltlich, sondern auch formell ihre Berechtigung hat –, konnten knapp 80 000 Unterschriften gesammelt werden. Das liegt deutlich unter der Ziellinie.

Inflation des Dringlichkeitsrechts

Die «Giacometti-Initiative» ist ein Gewächs aus der Corona-Zeit, als im Verhältnis zwischen Behörden und Volk so einiges durcheinandergeriet. Das Parlament erklärte damals reihenweise Bundesgesetze als dringlich und setzte sie unverzüglich in Kraft. Auch heute noch erfreut sich das Dringlichkeitsrecht einiger Beliebtheit, was sich mit dem Referendumsrecht allerdings nur mässig verträgt. Die «Giacometti-

Initiative» will die Kirche zurück ins Dorf holen: Dringlich erklärte Bundesgesetze sollen zwingend einer Volksabstimmung von Volk und Ständen unterstellt werden, sonst treten sie innert 100 Tagen ausser Kraft. Daraus wird nun nichts.

Der Kopf hinter dem Volksbegehren ist der Jurist Alexandre Zindel. Er hat praktisch im Alleingang versucht, das Vorhaben zu stemmen. Rund 30 000 Franken an Spendengeldern habe er für die «Giacometti-Initiative» investiert. Gemessen an diesem bescheidenen Budget sei die erreichte Zahl der Unterschriften respektabel, findet er.

Lobby für die Bürger

Zindel konnte während der letzten Monate viele Kontakte mit staatspolitisch interessierten Bürgern knüpfen, die sich um die direkte Demokratie sorgen, und diese Kontakte will er für sein nächstes Projekt nutzen. Vermutlich im Herbst möchte der Jurist eine Genossenschaft ins Leben rufen, die wie ein Bürgerrat oder wie eine «Kanzlei für ein Verfassungsgericht» fungieren soll. «Viele bedeutende Gesetzesvorhaben bleiben heute unter dem Radar, das Volk weiss davon oft gar nichts und merkt die Folgen erst später, wenn das Gesetz bereits in Kraft ist.»

Die neue Organisation wäre eine Art Lobby, die sich für die Interessen der Allgemeinheit einsetzt. «Sie soll permanent prüfen, ob ein Gesetz so wichtig ist, dass es dem Volk in einer Referendumsabstimmung vorgelegt werden muss. Und dann soll sie Unterschriften sammeln.» Zindels Genossenschaft aus engagierten Bürgern könnte damit im besten Fall zu einem weiteren Demokratie-Aktivisten werden, ähnlich wie die private Demokratie-Plattform «Wecollect» von Daniel Graf, und ein Gegengewicht bilden zu den gut organisierten Spezialinteressen.

Passend zum Artikel



Der Demokratie-Experte sagt: «Wir wissen nicht, wer für wie viel Geld wie viele Unterschriften sammelt»

25.02.2023 5 min



Die Schweiz in der Corona-Endlosschleife

20.09.2022



Zaccaria Giacometti - der Vordenker des Schweizer Rechtsstaats

10.08.2020

